



SITZUNGSVORLAGE

Thema: Neuregelung des Jugendgerichtsgesetzes

Frühere Beratungen: Keine

Anlagen: Keine

Sachvortrag : Alexandra Schuba, Jugendamt Zeitdauer (ca.): 30 Min.

Beschlussvorschlag: Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme	09.07.2020	öffentlich
Ausschuss für Soziales und Gesundheit	Kenntnisnahme	09.07.2020	öffentlich

Finanzielle Auswirkungen (mit der Kämmerei abzustimmen!): ja nein

Aufwendungen/Auszahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>		Investiv: <input type="checkbox"/>	
Einmaliger Aufwand	_____ Euro	Einmalige Auszahlung	_____ Euro
Jährlicher Aufwand	_____ Euro	Jährliche Auszahlungen	_____ Euro
Gesamtbetrag	_____ Euro	Gesamtbetrag	_____ Euro
Aufwand 1. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 1. Jahr	_____ Euro
Aufwand 2. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 2. Jahr	_____ Euro
Aufwand 3. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 3. Jahr	_____ Euro
Aufwand 4. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 4. Jahr	_____ Euro
		Jährliche Abschreibung	_____ Euro

Erträge/Einzahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>		Investiv: <input type="checkbox"/>	
Einmaliger Ertrag	_____ Euro	Einmalige Einzahlungen	_____ Euro
Jährliche Erträge	_____ Euro	Jährliche Einzahlungen	_____ Euro
Gesamtbetrag	_____ Euro	Gesamtbetrag	_____ Euro
Ertrag 1. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 1. Jahr	_____ Euro
Ertrag 2. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 2. Jahr	_____ Euro
Ertrag 3. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 3. Jahr	_____ Euro
Ertrag 4. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 4. Jahr	_____ Euro
		Jährliche Auflösung	_____ Euro

Mittelbereitstellung im Haushalt:

Ergebnishaushalt: **Investitionshaushalt:**

Produkt: _____ Investitions-Nr. _____

Kostenstelle: _____

Sachkonto: _____

Zur Verfügung stehende Mittel: _____ Euro

ggf. noch bereit zu stellen: _____ Euro

Deckungsvorschlag:

Ergebnishaushalt: **Investitionshaushalt:**

Produkt: _____ Investitions-Nr. _____

Kostenstelle: _____

Sachkonto: _____

Medien: PowerPoint pdf-Datei CD/DVD Stick

Sofern Präsentationen erforderlich werden, lassen Sie diese bitte mindestens fünf Tage vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle Kreistag zukommen.

Elektronisch mitgezeichnet von:

Landrat Dezernat 1 Dezernat 2
 Dezernat 3 Dezernat 4 Jugendamt

1. Ausgangslage:

Die EU Richtlinie 2016/800 „Über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind“ ist durch das Gesetz **zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren** vom 09. Dezember 2019 umgesetzt worden und am 17. Dezember 2019 in Kraft getreten. Die Regelungen zur audiovisuellen Aufzeichnung von Beschuldigtenvernehmungen in der Strafprozessordnung (StPO) und die Verweisung in § 70c Jugendgerichtsgesetz (JGG) sind zum 1. Januar 2020 in Kraft getreten.

Das damit eng verknüpfte **Gesetz zur Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung** wurde am 12. Dezember 2019 im Bundesgesetzblatt verkündet und trat am 13. Dezember 2019 in Kraft.

2. Sachverhalt:

Die Umsetzung der Richtlinie ins nationale Recht hat mit der Zielsetzung der Stärkung der Verfahrensrechte von Jugendlichen zu umfangreichen Veränderungen vor allem im Jugendgerichtsgesetz (JGG) und der Strafprozessordnung (StPO) geführt.

Die neuen gesetzlichen Regelungen verändern an verschiedenen Stellen das Jugendstrafverfahren und sind auch für die Jugendhilfe im Strafverfahren bzw. Jugendgerichtshilfe und die beschuldigten Menschen folgenreich.

Frau Alexandra Schuba, Fachstelle Jugendbegleitung, stellt die wichtigsten Neuregelungen des Jugendgerichtsgesetzes und deren Auswirkungen auf die Arbeit der Jugendgerichtshilfe vor. Für die Regelungen im Detail wird auf die beigefügte Präsentation verwiesen.

3. Finanzielle Auswirkungen:

Keine